Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge

Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz

Band: 169 (2001)

Heft: 37

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ZS 355

37/2001 • 13. SEPTEMBER • 169. JAHRGANG ISSN 1420-5041 • FACHZEITSCHRIFT UND AMTLICHES ORGAN

ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH

Schweizerische Kirchen-Zeitung

«MITEINANDER IN DIE ZUKUNFT»

Mit einem Schlussakt in der Berner Offenen Heiliggeistkirche wurde am 1. September die im Januar 1998 durch die Schweizer Bischofskonferenz und den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund eröffnete Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz festlich abgeschlossen. In diesem würdigen Rahmen wurde von Sprechern und Sprecherinnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur das Wort der Kirchen «Miteinander in die Zukunft» entgegengenommen und in Kurzvoten gewürdigt. Am bevorstehenden Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag soll dieses Wort in den katholischen Pfarreien und evangelischen Kirchgemeinden des Landes aufgenommen werden.

«Miteinander in die Zukunft»
Bischof Amédée Grab und Pfarrer Thomas Wipf überreichen Bundespräsident Moritz Leuenberger das «Wort der Kirchen» (Foto: refbild).

Zu Beginn des Schlussaktes stellten Bischof Amédée Grab und Pfarrer Thomas Wipf als Vertreter der Bischofskonferenz bzw. des Kirchenbundes einige wichtige Aussagen des Wortes der Kirchen heraus. Dabei wurde der Titelbegriff «Miteinander» auf zwei Seiten hin konkretisiert. Die Ökumenische Konsultation sei «mit einer eindrücklichen Dialogbereitschaft» ökumenisch durchgeführt worden, wie sie sich denn überhaupt als «ein Projekt des Dialogs» verstanden habe. Anderseits sei das *«Miteinander* in die Zukunft» brüchig geworden, so dass die Voraussetzungen, auf denen der Staat beruht und mit denen er sein Handeln begründet, die er sich aber nicht selber geben kann, gesellschaftlich diskutiert werden müssen. So ist das Wort der Kirchen ihr Beitrag «zur Diskussion und zur Verständigung über Ziele und Werte, die unsere gemeinsame Zukunft – in der Schweiz und weltweit – für alle lebenswert machen».

Die damit angesprochene Frage der Vermittlung eines Wortes der Kirche in den gesellschaftlichen Diskurs thematisierte am Schlussakt Bundespräsident Moritz Leuenberger in seiner Ansprache mit dem vielsagenden Titel: «Gebt dem Kaiser, was die Kirche denkt». Ausgehend von der Frage, weshalb er die Kirche dazu ermutige, aktiv und korrigierend Einfluss zu nehmen auf die Politik statt zwischen Kaiser und Kirche strikt zu trennen, wie es seinem aufklärerischen Denken entsprechen würde, antworte er als Christ und als Politiker. Als Christ, als Teil der Kirche erwarte er von ihr, «dass sie sich gesellschaftlich einbringt, dass sie Verantwortung

501 BETTAG
503 DAS GEBET
504 RECHTS-SCHUTZ
505 MIGRATIONS-POLITIK
506 MINIS
508 BETHLEHEM
509 KIRCHENBAU
510 AMTLICHER TEIL

BETTAG

übernimmt». Als Politiker stellte er fest: «Ein politisches Manifest hilft... heute dem Gesetzgeber, der Gerechtigkeit verantwortungsvoll organisieren will, kaum weiter... Zur Frage der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit bieten die katholische und die evangelische Soziallehre einen viel direkteren und einfacheren Zugang.» Die Vermittlung dürfe allerdings nicht in einer religiösen, einer theologischen Sprache erfolgen, sondern müsse in der Sprache der Aufklärung erfolgen und also mit sachlicher Überzeugungskraft.

Es wäre indes ein Irrtum, die Kirche solle die Antworten auf schwierige ethische Fragen geben, etwa bei der Sterbehilfe oder bei der Gentechnologie. «Dies wären Antworten, die uns die eigenständige Benutzung unseres Gewissens, die Arbeit ethischer Reflexion, damit aber auch die aktive Auseinandersetzung mit der politischen Gegenposition abnehmen... Die Kirche kann uns diese Arbeit aber nicht abnehmen, und wir dürfen sie uns auch nicht abnehmen lassen.»

Als Mitglied der Kirche will Moritz Leuenberger durchaus, dass die Kirche zu konkreten Lösungen kommt, auch wenn es da nie eindeutige und einfache Lösungen gebe – «auch wir Christen sind nicht vor Fehlurteilen geschützt und haben kein Wahrheitsmonopol». So sei im Wort der Kirchen gerungen worden, zumal die Kirchen in gewissen Fragen verschiedene Antworten geben. «Gerade diese Tatsache, dass es in keiner Kirche – und daher auch nicht in der Ökumene – einfache und unbestrittene Antworten und Lösungen gibt, unterstreicht einmal mehr, wie wichtig der Diskurs als solcher, wie wichtig die Befragung und die Schärfung des Gewissens ist.»

Die Kirchen wollen mit ihrem Wort aber nicht nur zu diesem Diskurs beitragen, sie nehmen auch sich selber in Pflicht. Als Teil der Gesellschaft seien die Kirchen «mitbetroffen von den Fragen, die wir stellen, und verpflichten sich auch selber, dem nachzuleben, was wir anregen», beteuerte der Vertreter der Bischofskonferenz bzw. des Kirchenbundes.

In ihrer Ansprache wurden die beiden Kirchenvertreter mit ihren Anregungen recht konkret bzw. deutlich. Es fehle in unserem Land an einer *Familienpolitik,* «die diesen Namen verdienen würde». Glücklicherweise werde in diesem Bereich jetzt einiges getan; erwartet würden nun aber rasche Konkretisierungen. Dass es in der Schweiz «sans papiers» gebe, sei skandalös. «Wie kann es sein, dass diese Menschen und ihre Familien zum Arbeiten gut genug sind, aber nicht das Recht haben, sich legal in unserem Land aufzuhalten?»

Die Migrations- bzw. *Integrationspolitik* wurde natürlich auch von der Vertreterin der Ausländer und Ausländerinnen, Natalie Diome, angesprochen. Die Zugewanderten trügen ihren Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz bei und sollten schon deshalb «in den Genuss menschenwürdiger Arbeitsbedingungen kommen und sich in das gesellschaftliche und politische Leben integrieren können». Diese Integration wurde auch von der Vertreterin der Bewegung «Aide à Toute Détresse (ATD) – Vierte Welt», Linda Saffore, angemahnt. Wer wegen Armut ausgegrenzt werde, der werde um seinen Platz in der Gesellschaft gebracht, dem werde verwehrt, zum Gemeinwohl beizutragen.

Dass von Armut betroffen auch sein kann, wer arbeitet, daran erinnerten die Kirchenvertreter mit dem Begriff der «working poor» und mit der sozialethischen Forderung aus dem Wort der Kirchen: «Jeder erwerbstätigen Person muss es grundsätzlich möglich sein, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen zu sichern. Und die Einkommensunterschiede dürfen nicht beliebig gross werden» (Nr. 162). Auch der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Paul Rechsteiner, sprach die «working poor» an und bezeichnete ihre Existenz als einen Skandal. Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sprach sich auch der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes aus; er räumte sogar ein, dass dieses Ziel in der Schweiz «sicher noch nicht optimal» erreicht ist; die Arbeitgeberschaft setze aber alles daran, dem Ziel Schritt für Schritt näher zu kommen, und lade deshalb ein, «mit der Wirtschaft zusammen in kooperativem Geist das Ziel anzugehen».

Neben der Parteinahme zugunsten der Schwächeren sei die Ablehnung der Fatalität eine entscheidende Gemeinsamkeit zwischen Gewerkschaften und Kirchen, erklärte Paul Rechsteiner. Deshalb erwartet er auch, «dass die Konsultation und das Wort der Kirchen nicht ein Abschluss, sondern ein Anfang sind, nämlich ein verbindlicher Einstieg der Kirchen in den dringend nötigen Prozess für eine soziale Gestaltung der Zukunft». Als Vertreterin der Schweizer Kirchen an der Expo.02 lud Nationalrätin Thérèse Meyer-Kaelin alle ein, «den Dialog im Rahmen der Landesausstellung weiterzuführen. «Die Expo.02 bietet die einzigartige Gelegenheit, den Alltagstrott hinter sich zu lassen und auf eine von Gott begleitete, glücklichere Zukunft hinzuarbeiten.»

Auf die Zukunft für die kommenden Generationen schliesslich blickte Lavinia Sommaruga Bodeo als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke. Im Blick auf diese Zukunft ist Nachhaltigkeit gefordert: Wir sind aufgerufen, «mehr Gerechtigkeit durch nachhaltigen Konsum und massvollen Lebensstil zu wagen». Mit anderen Worten: Gefragt ist die Tugend der Mässigung – nicht nur am Bettag.[1]

Rolf Weibel

[1] Alois Hartmann, Die Tugend der Mässigung, in: SKZ 169 (2001) Nr. 36, S. 485 f.

DAS GEBET VON DER CHRISTLICHEN BÜRGERLICHKEIT

25. Sonntag im Jahreskreis: 1 Tim 2,1–8

Auf den Text zu

Dieses Gebet für alle, besonders für die Mächtigen dieser Erde, hat ebenso heftige Zustimmung wie Kritik erfahren. Zankapfel bildete vor allem der Zweck der Gebete: «... damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen (können) in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit» (2). Die einen entwickelten aus dieser Gebetspraxis und den Lebenswünschen, die daraus abzulesen sind, ein Ideal christlicher Bürgerlichkeit. Ein Leben im Rahmen der Ordnungen, wie die Welt sie geben kann, genügt. Die anderen beklagten, dass hier ein Fahneneid auf die herrschende Gesellschaftsordnung gebetet wird.

Dieser Streit wird wohl heute leiser ausgetragen. Die entscheidende Frage ist aber aktuell geblieben: Wie viel Anpassung (vor der ausgerechnet der von den Pastoralbriefen heiliggesprochene Paulus warnt, Röm 12,2) verträgt die Frohe Botschaft – wie hoch ist der Preis für Visionen, die sich an den Unrechtsstrukturen reiben?

Mit dem Text unterwegs

Unsere Lesung gibt als Gebetstheologie Anweisungen zum rechten Verhalten im Gottesdienst.

Zuerst klärt der Autor Inhalt und Ausrichtung des Betens: Das Gebet umfasst alle Bereiche des Lebens und der Welt. Alle Menschen, ohne Rücksicht auf Nähe und Ferne zur christlichen Gemeinde, werden ins Gebet genommen.

Besonderes Gebet verdienen die Mächtigen der Erde, da von ihnen die Sicherheit und Ruhe der christlichen Gemeinde abhängt.

Erstmals im Neuen Testament erfolgt die Gehorsamsforderung gegenüber der Obrigkeit in Röm 13. In unserem Text liegt der Akzent jedoch nicht auf der praktischen Unterwerfung unter die römische Ordnung, sondern auf dem Gebet für die Herrschenden im Interesse eines guten Lebens. Damit ist der erste Gebetswunsch angesprochen, den diese Gemeinde für sich hat: Sie will innerhalb der bestehenden weltlichen Ordnungen ruhig und unauffällig leben können. Das Gebet für die Herrschenden findet sich ebenfalls in der hellenistisch-jüdischen Tradition. Die gottgegebene Herrschaftsausübung soll so sein, dass die Untergebenen erträgliche Lebensbedingungen erhalten. Das ist ein berechtigtes Gebetsanliegen.

In der Apokalypse zeigt sich, dass nicht alle christlichen Gemeinden zu dieser Geste den Herrschenden gegenüber bereit waren.

Im römischen Reich herrschte Terror und Verfolgung. Wer gerade in Kleinasien, dem Zentrum des Kaiserkultes, überhaupt das Privileg hatte, einen Standpunkt zu wählen und sich nicht den herrschenden Bedingungen unterwarf, setzte das Leben aufs Spiel. Weniger Privilegierte waren durch die staatliche Ordnung von vornherein zum Tod verurteilt. Wie nahe rückt ein Gebet für korrupte Herrschende dem Kaiserkult? Wie berechtigt ist der Wunsch nach einem stillen Leben um den Preis, zum Unrecht zu schweigen? Die apokalyptisch orientierten Gruppen mit ihrer grotesken, aber genauen Analyse der Tagespolitik haben die gegenteilige Haltung eingenommen. Diese Position muss jedoch auch unter den Empfängern und Hörerinnen des Timotheus-Briefes vertreten worden sein: «Ein solcher Hinweis mochte sich gegenüber den Adressaten schon deshalb empfehlen, weil unter ihnen das Recht des Gebets für diese Obrigkeit umstritten war» (Roloff, 110).

Nach dieser Konkretisierung knüpft der Autor wieder bei seinen Überlegungen zum Gebet für alle an. Auch die Fürbitte für alle Menschen findet sich schon früher in der hellenistisch-jüdischen Gebetstradition. In den bekannten jüdischen Gebeten wie in unserem Text stehen die beiden Anliegen nahe beieinander, werden jedoch immer säuberlich getrennt. Diese grenzenlose Offenheit des Gebetes für alle Menschen versteht Gottesdienst und Beten nicht als exklusive Angelegenheit. Die weltumspannende Gebetsgeste ist dem Autor des Briefes so wichtig, dass er sie theologisch, soteriologisch und heilsgeschichtlich mit einem Zitat aus älterer Gottesdiensttradition begründet (5–6):

Aus der Einigkeit Gottes ergibt sich die Universalität des Heilsangebotes. Dieses wiederum ist in der Selbsthingabe Jesu für alle greifbar geworden. Das universale Wirken des Apostels als Lehrer der Heiden schliesslich trägt die Frohe Botschaft vom rettenden Engagement Gottes durch die Zeiten.

An diesem Zitat fällt auf, dass im christologischen Teil der Herrschaftstitel fehlt. Kein Kyrios, Herr, wird mehr als kritisches Gegenüber zu den irdischen Herren ins Feld geführt. Im Zentrum der Argumentation steht die Einzigartigkeit Christi für die ausstehende Erlösung der Menschen.

Paulus garantiert die Frohe Botschaft zur rechten Zeit, das heisst, in der Gegenwart. Der Autor versteht diese Gegenwart als Lebensraum zwischen der Lebenshingabe und der Wiederkunft Christi.

Der Lesungstext schliesst mit Vers 8, einer kurzen Anweisung zur Gebetshaltung der Männer, die aber deutlich zum folgenden Abschnitt gehört. Es «ist zu vermuten, dass der Verfasser es war, der das ursprünglich allen Teilnehmenden am christlichen Gottesdienst geltende Versöhnungsgebot auf die Männer zugespitzt hat. ... [Wahrscheinlich hatte der Verfasser] zwei spezifisch auf Frauen bezogene Topoi an der Hand...» (Roloff, 132). Zum Glück bleiben den Hörerinnen und Hörern der Lesung die brüchigen, wortreichen, defensiv geführten Anweisungen über Verhalten und Urschuld von Frauen erspart, die ebenfalls Teil der Konfliktgeschichte über Machtverhältnisse und das rechte Zusammenleben in der Gemeinde sind.

Die Pastoralbriefe entwickeln gegen die echten Paulusbriefe und im Unterschied zu anderen zeitgleichen Traditionen das Bild eines angepassten Paulus, der ein positives Verhältnis zu den bestehenden gesellschaftlichen Institutionen hat wie dem Staat, der patriarchalen Familie oder der Sklaverei.

Über den Text hinaus

In der Forschung galt diese Zähmung des Paulus lange Zeit als unausweichlich. Diese Sicht ist in den letzten Jahren gerade von Frauen und Nachkommen von Sklaven/Sklavinnen in Frage gestellt worden. Die Pastoralbriefe sind kein Abbild der rechten Lehre, sondern Teil des vielstimmigen Gesprächs der dritten Generation über das Leben in Christus. An Aktualität haben die Antwortversuche der Pastoralbriefe nichts verloren: Noch heute werden alltägliche Ungerechtigkeiten gerne übersehen. Mehr als ein stilles, ehrbares Leben zu erhoffen – jede und jeder am zugewiesenen Platz – ist selbst (oder gerade) im Gottesdienst nicht gefragt. Dabei ist doch in der Tradition der Psalmen gerade die Liturgie der Raum mit offenem Dach, der uns unserer Alltagswirklichkeit und unserer (religiösen, politischen, ökonomischen) Fixierungen ein Stück weit enthebt, damit unsere Lebenswünsche wachsen können.

Regula Grünenfelder

Literatur: Jürgen Roloff, Der erste Brief an Timotheus, Evangelisch-Katholischer Kommentar zum Neuen Testament, Bd. 15, Zürich u. a. 1988.

Er-lesen

Zuerst die einleitenden Verse in Kleingruppen lesen. Text nach Themen in Kleingruppen verteilen (1; 2 [mit Einleitung aus 1]; 3–4: 5–6a; 6b–7). Eindrücke, Interpretationen sammeln. Im Plenum zusammentragen, dabei die unterschiedlichen Themen und den Aufbau der Lesung benennen.

Er-leuchten

Diskussion über das rechte Zusammenleben an diesem Text und der Apk aufzeigen. Hintergrundinformationen über das jüdische und christliche Leben unter römischer Herrschaft, die vielen Menschen kaum Lebensrecht gab.

Er-leben

Anpassung oder Auflehnung? Aktuelle (religiös-politische, aber auch parteipolitische) Beispiele sammeln. Was ist der Preis der christlichen Bürgerlichkeit, was jener christlichen Widerstands? Was bedeutet dies für uns?

KIRCHE IN DER SCHWEIZ

PAPIERLOS, ABER NICHT RECHTLOS

Auf der im Anschluss an die Herbstversammlung der Schweizer Bischofskonferenz durchgeführten Pressekonferenz stellte ihr Präsident, Bischof Amédée Grab, zunächst als Hauptthemen der Versammlung heraus: erstens die Situation der Papierlosen und der Vorschlag einer kategorialen Lösung, die sowohl die Souveränität der Schweiz als auch die Menschenrechte und Humanität berücksichtigen könnte, zweitens die nach dem Bundesratsentscheid bevorstehende Volksabstimmung gleichzeitig über das Referendum gegen die von der Bundesversammlung beschlossene Strafrechtsänderung den Schwangerschaftsabbruch betreffend und die Initiative für «Mutter und Kind» und drittens das Verhältnis des schulischen Religionsunterrichts zum Religionsunterricht überhaupt (Unterricht in Religion, über Religion und Katechese).

In seinen knappen Hinweisen zum im Amtlichen Teil dieser Ausgabe dokumentierten Pressecommuniqué gab er als Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) sein besonderes Interesse am nächsten Symposium der Europäischen Bischöfe zu erkennen; zu dieser Studientagung, zu der auch Jugendliche aus ganz Europa eingeladen würden, seien 90 Bischöfe zu erwarten.

Die Mentalitäten ändern

Seine Ausführungen zur «schwierigen Frage» der Papierlosen (sans-papiers) und dem vorgeschlagenen Ausweg aus dieser «schmerzlichen Situation» begann Bischof Bernard Genoud von Lausanne, Genf und Freiburg mit einem Rückblick auf die Ereignisse in Freiburg mit der Besetzung der Kirche von St-Paul am Pfingstmontag. Er habe zu vermitteln versucht, damit die berechtigte Aktion symbolisch hätte fortgesetzt werden können. Denn die Forderung, die Situation der Papierlosen zu regeln, sei berechtigt, wie es eine Frage der Gerechtigkeit sei, dass so viele Arme (bras) kein Gesicht hätten. Eine Schwierigkeit bei der Lösung dieses Problems sei, dass die Fälle sehr unterschiedlich seien.

Mit Nachdruck betonte Bischof Genoud, dass die Papierlosen nicht rechtlos seien, gebe es doch unveräusserliche Rechte, die Rechte der menschlichen Person. Bei seinen Vermittlungsbemühungen habe er erfahren, wie auch Behörden humanitäre Überlegungen anstellen: Niemand habe in dieser Frage das Monopol des guten Herzens. Darum begrüssten die Bischöfe den Vorschlag der Ombudsstellen und erklärten sich bereit, bei deren Aufbau mitzuhelfen.

Bei der Lösung müssten verschiedenste Kriterien beachtet werden, und deshalb sei eine Globallösung nicht denkbar. Denkbar sei aber sehr wohl eine kategoriale Lösung, weil es tatsächlich typische Fälle von Papierlosen gebe; auf diese Weise könnten auch die Verfahren beschleunigt werden. Darüber hinaus seien die Kriterien neu zu definieren. Wichtig ist den Bischöfen auch, dass die Kinder der Papierlosen nicht pönalisiert werden; das wäre unseres Landes nicht würdig.

Prospektiv würden die Bischöfe für eine Änderung der Gesetzgebung plädieren, vor allem aber für eine Änderung der Mentalitäten und der Herzen. Das Gemeinwohl müsse als ein weltweites gedacht werden. Was machen wir, wenn sich Behörden für eine offenere Aufnahme entschliessen? Unterstützen wir sie genügend? Reform der Mentalitäten sei allerdings eine langfristige Aufgabe.

In diesem Zusammenhang lobte Bischof Genoud die Sprachmissionen, die sich seit Jahrzehnten um Aufnahme und Integration bemühen.

Für einen umfassenden Lebensschutz

Zum zweiten Schwerpunktthema – dem Schwangerschaftsabbruch – hat die Bischofskonferenz eine Erklärung verabschiedet, die im Amtlichen Teil dieser Ausgabe dokumentiert ist und die auf der Pressekonferenz Bischof Amédée Grab kommentierte. Die Bischöfe erinnern an ihre früheren Erklärungen, namentlich an jene vom September 1997 und April 2001, in denen sie stets für einen umfassenden Lebensschutz eingetreten sind.

In ihrer neuen Erklärung erinnern sie im ersten Abschnitt an die Prinzipien, die Würde des menschlichen Lebens von der Empfängnis an. Von daher erklären sie im zweiten Abschnitt die fragliche Strafrechtsreform als unannehmbar, weil sie das menschliche Leben nicht mehr hinreichend schützt. Im dritten Abschnitt erläutern die Bischöfe die Richtung, in der eine Lösung gesucht werden kann bzw. gefunden werden muss: kein Verzicht auf den strafrechtlichen Lebensschutz, aber umfassend ergänzt durch Massnahmen zu Gunsten der Frau und der Familie. Eingehend sei die Überzeugung der Bischöfe in den «Neun Leitsätzen zum Schwangerschaftsabbruch» der Theologischen Kommission nachzulesen, die Generalsekretär Agnell Rickenmann dann kurz vorstellte. Im vierten Abschnitt äussert sich die Erklärung der Initiative für Mutter und Kind gegenüber kritisch, weil diese Initiative auf flankierende Massnahmen, wie sie im dritten Abschnitt erläutert sind, verzichtet.

Persönlich hält Bischof Grab dafür, dass die besten Massnahmen nur dann zum Erfolg führen, wenn sie von der prinzipiellen Einsicht getragen werden, dass jedes Leben geschützt werden muss und dass jeder Schwangerschaftsabbruch ein Eingriff ge-

gen das Leben bedeutet. Gar nichts ersetze die Liebe zum Leben und die Achtung vor jedem Leben.

Anschliessend stellte Agnell Rickenmann einige Punkte aus der Broschüre «Neun Leitsätze zum Schwangerschaftsabbruch» der Theologischen Kommission heraus. Einleitend werde in der Broschüre festgehalten, dass die Situation werdender Mütter und Väter und so auch die Frage des Schwangerschaftsabbruchs komplex und heikel seien; ferner gehe es nicht darum, irgendjemanden zu verurteilen. Der Leitsatz 1 führt die Kirche als kritische Gesprächspartnerin der Gesellschaft und des Staates ein; der Leitsatz 2 befragt Bibel und Tradition und zitiert, worauf die Bischöfe in ihrer Erklärung Bezug nehmen, die Enzyklika «Mater et magistra» Johannes' XXIII., der das Leben als «heilige Sache» bezeichnete, weil Gott sein schöpferischer Ursprung ist; Leitsatz 3 leitet aus dem naturwissenschaftlichen Befund ab, dass das menschliche Leben von Anfang an ein «Wesen der Würde» sei; der Leitsatz 4 thematisiert den moralischen Status des Embryos, welcher sein Recht auf Leben begründet (mit der Ausnahmestellung der vitalen Indikation); der Leitsatz 5 spricht die Schutzaufgabe des Staates an: der Leitsatz 6 bezeichnet die Fristenregelung als eine grundsätzliche Rechtsgutverletzung und stellt auch bei der Indikationenregelung gravierende moralische Probleme fest; der Leitsatz 7 bedenkt die Rolle des ärztlichen und pflegerischen Personals; die Leitsätze 8 und 9 zeigen die flankierenden Massnahmen auf, zum einen auf dem Feld der Familienpolitik und zum andern auf dem Feld der Beratung (gegenüber dem Beratungsmodell haben die Bischöfe den Vorbehalt ungenügenden Rechtsschutzes). Diese Leitsätze, unterstrich Agnell Rickenmann abschliessend, seien ein Diskussionsbeitrag und möchten so zum Nachdenken anregen.

Auf die abweichende Stellungnahme des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes angesprochen, erklärte Bischof Amédée Grab, es gebe zwischen Christen wie zwischen christlichen Kirchen zum Teil unterschiedliche Überzeugungen. Die Frage sei zwischen der Bischofskonferenz und dem Kirchenbund auch nicht diskutiert worden, habe die Ökumenische Konsultation doch alle Kräfte beansprucht. Ohne sich zum Sprecher für den Kirchenbund zu machen, möchte er aber doch sagen, dass es sich der Kirchenbund nicht einfach gemacht habe, dass er dann aber in seiner Stellungnahme die gegebene politische Situation anders berücksichtig habe.

Werteerziehung

Die Situation des schulischen Religionsunterrichtes in der Schweiz sei kantonal geregelt, erinnerte Bischof Bernard Genoud, und deshalb gebe es eine Vielfalt von Möglichkeiten: schulischer oder konfessioneller Bibelunterricht, Religionskunde...

Wichtig sei für die Bischöfe, dass die grossen menschlichen und ethischen Werte bislang von Religionssystemen tradiert worden, diese Werte aber allgemein menschliche Werte seien. Wo konfessioneller oder ökumenischer Religionsunterricht nicht möglich sei, müsse zumindest ein Unterricht über Religionen angeboten werden, damit diese menschlichen Werte tradiert werden können. Sonst gebe es eine Ungleichheit zwischen den Kindern, die im Unterricht von diesen Werten erfahren, und den Kindern, die davon nichts erfahren. Zudem nehme mit der Immigration von Menschen anderer Religionen die Notwendigkeit des gegenseitigen Verständnisses zu; denn Unkenntnis habe Angst zur Folge und Angst führe zu Gewalt.

Rolf Weibel

MIGRATIONSPOLITIK IM ALLTAG

Migration, Integration und Asyl gehören zu den meist diskutierten politischen Themen. Sie wecken Emotionen und lassen sich leicht zum eigenen Vorteil und Nutzen von Parteien und Organisationen verwenden.» So beginnt der von Nationaldirektor Urs Köppel verfasste «Jahresbericht 2000» der migratio, der Kommission der Schweizer Bischofskonferenz, der früheren SKAF.

Urs Köppel erinnerte daran, dass bereits vor einem Vierteljahrhundert die Schweizer Bischofskonferenz und der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes gemeinsam «Die 7 Thesen der Kirchen zur Ausländerpolitik» veröffentlicht und sie später überarbeitet neu herausgegeben hatten. Aber: solche kirchliche «Überlegungen und Stellungnahmen erhalten keine öffentliche Resonanz». Dennoch dürfen die Verantwortlichen nicht einfach resignieren. Sie versuchen vielmehr, stets neu ans Problem heranzukommen und aktuelle Teilthemen aufzugreifen, einerseits im November im Hinblick auf den «Tag der Völker», wie der frühere Ausländersonntag heute heisst, und im Mai auf Grund der jeweiligen Hauptversammlung.

An der diesjährigen Hauptversammlung setzte sich Rosita Fibbi, Soziologin und Forscherin an der Universität Lausanne, für neue Perspektiven und eine neue Migrationspolitik ein. In ihrem Blick über die Landesgrenzen hinaus erinnerte sie an die Migrationsentwicklung der letzten Jahre. Während früher vor allem Leute aus anderen Ländern als Arbeits-

BERICHTE

kräfte eingewandert waren, sieht sich Europa seit rund zehn Jahren mit dem Flüchtlingsproblem, namentlich aus dem früheren Jugoslawien, konfrontiert. Italien, Griechenland und Spanien sind selber zu Einwanderungsländern geworden. Dabei ist der Anteil der in die Schweiz eingewanderten Frauen auffallend angewachsen. Vor 20 Jahren traf es auf 100 eingewanderte Männer gut 80 Frauen. In der jüngsten Vergangenheit jedoch übertraf der Frauenanteil die Hälfte aller Einwanderer.

Wachsende Abwehrhaltung und stärkere Befürchtungen

Italiener, Spanier, Griechen und auch Portugiesen sind Leute, die einem von Ferien in ihrer Heimat her bekannt vorkommen. Einwanderer aus dem Balkan scheinen viel mehr Fremde. Nach Rosita Fibbi führte ihr Auftauchen zu einer wachsenden Abwehrhaltung, zu grösseren Befürchtungen. Die Folge war eine ausgesprochene Abschreckungspolitik auf der staatlichen Ebene. So sind die zahlreichen Gesetzesänderungen der letzten Jahre zu verstehen.

Gleichsam als Antwort auf diese Politik forderte die Referentin neue Theorien der Inkorporation, ein verstärktes Engagement der Einwanderer selber. Die Einwanderungsgesellschaft sei zu einem wichtigen Partner geworden. Dabei seien über den kulturellen und sprachlichen Faktor hinaus vor allem strukturelle, wirtschaftliche und soziale Elemente einzubeziehen. Das Mittun der Einwanderer selber ist nach Rosita Fibbi Voraussetzung, dass die Inkorporationspolitik Erfolg haben werde.

Fördern, fordern und integrieren

Der Ausländerbeauftragte der Stadt Basel, Thomas Kessler, zeigte, wie die Stadt Basel, in der heute ausländische Staatsangehörige 27% der Bevölkerung ausmachen, wo es Quartiere gibt, in denen nicht mehr die Hälfte der Einwohner Schweizer sind, mit einem neuen Integrationsleitbild versucht, zukunftsgerichtet und visionär, leistungs- und aufstiegsorientiert die Integration zu fördern. Gelingt die Integration, so profitiert die ganze Gesellschaft. Deshalb ist ein Miteinander unabdingbar. Ausländer müssen gefördert, aber auch selber gefordert werden. Die sachlichen, mit konkreten Beispielen veranschaulichten Ausführungen sind bei den Mitgliedern der migratio auf grosses Interesse gestossen und haben denn auch eine interessante Diskussion ausgelöst. Diese darf aber nicht als beendet betrachtet werden. Vielmehr gilt es, Gehörtes am eigenen Ort in die Praxis umzusetzen. Gerade im Hinblick auf den diesjährigen «Tag der Völker» im November wird man sich ans Basler Leitbild erinnern müssen.

Dank und Anerkennung der Bischofskonferenz

Im Namen der Schweizer Bischofskonferenz liess Norbert Brunner, Bischof von Sitten, den Dank für allen Einsatz ausrichten. Der persönlich anwesende neue Generalsekretär der Konferenz, Pfarrer Agnell Rickenmann, schloss sich dem an. Auch Bischof Brunner betonte, dass es in der neuen Situation mit bereits früher Eingewanderten und der neuen Wanderungsbewegung der ersten Generation ein Umdenken und einen Akt der Solidarität braucht, damit gültige Lösungen angeboten und verwirklicht werden können.

Auch der neue Präsident von migratio, Fulvio Caccia, Bellinzona, stellte sich hinter die neuen Forderungen und dankte allen Mitarbeitenden, zumal jenen in den vier Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen von migratio, für das stete und unablässige Bemühen im Umgang mit den eingewanderten Mitchristen und in der Aufklärungsarbeit bei der einheimischen Bevölkerung, wo mehr denn je Verständnis und Offenheit nötig sind.

Arnold B. Stampfli

EUROPÄISCHE ROM-WALLFAHRT DER MINIS

Alle fünf Jahre treffen sich Ministrantinnen und Ministranten (Minis) aus ganz Europa in Rom auf Einladung des CIM (Coetus Internationalis Ministrantium/Europäische Zusammenarbeit in der Ministrantenpastoral). So kamen vom 28. Juli bis 4. August 2001 wieder gegen 22 000 eher ältere Ministranten in Rom zusammen: etwa 16 000 aus Deutschland, 1600 aus Ungarn, 1000 aus Österreich und Italien, 350 aus der Schweiz sowie weitere Gruppen aus Polen, Slowakei, Rumänien, Niederlande, Malta, Tschechien und Jugoslawien. Alle Minis trugen das gleiche Wallfahrtshalstuch, das (als Projekt der Entwicklungshilfe) in Indien mit dem Emblem «CIM Roma 2001» bestickt wurde. Jede Nation hatte das Halstuch in einer eigenen Farbe: Rot die Schweizer, Blau die Deutschen, Orange die Österreicher, Gelb die Ungarn usw. Überall war zu spüren, dass die Minis über ihren eigenen Kirchturm hinaus andere Kollegen und Kolleginnen treffen wollten, auch aus andern Ländern. Welcher Ort wäre

Weihbischof Martin Gächter ist Präsident des CIM (Coetus Internationalis Ministrantium/Europäische Zusammenarbeit in der Ministrantenpastoral).

für ein solches internationales Treffen geeigneter als Rom? So kam es zu unzähligen internationalen Kontakten. Bald wurden die farbigen Halstücher so eifrig ausgetauscht, dass wir uns oft in einer falschen Sprache anredeten!

Was hat die vielen Ministrantinnen und Ministranten motiviert, ausgerechnet in der grössten Sommerhitze nach Rom zu kommen? Viele antworteten mir: «Hier bin ich nicht allein, sondern mit so vielen andern fröhlichen Jugendlichen aus andern Ländern zusammen!» Offenbar werden immer mehr Ministranten und Ministrantinnen von ihren Kollegen und Kolleginnen in Frage gestellt, weil sie sich in der Kirche engagieren. Da brauchen sie solche Zusammenkünfte, in denen sie spüren können: Ich bin nicht allein, ich bin nicht abnormal, es gibt noch so viele andere aufgestellte Jugendliche mit dem gleichen Ideal.

Vielfältiges Programm

Fasziniert wurden die Jugendlichen von den vielen Sehenswürdigkeiten in Rom, die sie eifrig besuchten: die antiken Ruinen, das Kolosseum, die Katakomben, das Pantheon, die vielen grossartigen Kirchen, die schönen Plätze, aber auch das Meer in Ostia, Tivoli und anderes mehr. Die Schweizer Minis besuchten natürlich auch die Schweizergarde in ihrem Quartier und die deutschsprachige Abteilung von Radio Vatikan.

Die 22 000 Minis wohnten an verschiedenen Orten: in Pensionen, Hotels, religiösen Schulen und Häusern. Auf verschiedenen Wegen sind sie mit Bahn und Bus nach Rom gekommen. Doch alle trafen sich am Dienstag, den 31. Juli bei der Wallfahrt zum Grab des heiligen Petrus im Petersdom. Danach folgte um 19.30 Uhr auf dem Petersplatz ein mehrsprachiger Wortgottesdienst, bei dem der CIM-Präsident, Weihbischof Martin Gächter, auf die überragende Bedeutung von Jesus Christus hinwies, dem die Minis in der Eucharistie dienen. Heute sind ja die meisten Menschen religiös, auch wenn sie oft die Kirche meiden. Dadurch können sie aber Christus verpassen, der zugleich Mensch und Gottes Sohn ist und uns zeigt, dass wir uns umso mehr als Menschen entfalten können, wenn wir auf Gottes Wort hören und uns mit Gott verbinden. Beim eindrücklichen Gottesdienst wurde in allen Sprachen (auch in «Schwyzerdütsch») gebetet und auch an die Abwesenden, darunter 45 Ukrainer, die kein Visum erhielten, gedacht. Dabei wurde auch das grösste Rauchfass der Welt angezündet. Ministranten aus Augsburg haben es konstruiert und mitgebracht: Mit 3 m Höhe und 180 kg Gewicht ist es noch grösser als das berühmte Rauchfass von Santiago de Compostela. Die Augsburger Minis hatten nämlich vor drei Jahren gemerkt, dass ihre grossen und interessanten Treffen von 1000 Ministranten zu wenig Interesse in der Öffentlichkeit und in den Medien fanden. Doch als sie das grösste Rauchfass fürs Guinnessbuch der Rekorde schufen, kamen die Medien und die grossen TV-Stationen, um dann nicht nur über das Rauchfass, sondern auch über die vielen interessanten Ministranten zu berichten. So geschah es auch in Rom. Das Jumbo-Rauchfass liess eine riesige Rauchsäule über den Petersplatz aufsteigen, die der deutsche Jugendbischof Franz-Josef Bode mit der Wolkensäule verglich, in der Gott das jüdische Volk aus Ägypten herausführte.

Nach dem Gottesdienst folgte auf dem Petersplatz ein frohes Fest, bei dem zwei Ministranten-Bands musizierten und packende geistliche Gesänge vortrugen. Die Schweizer spielten unter dem Baldachin vor der Fassade des Petersdoms eine lustige Alphorn-Parodie, die einen Riesenapplaus erntete. Eine prächtige Blaskapelle der Paderborner-Minis, eine Darbietung mit brennenden Keulen und viele andere Beiträge aus den verschiedenen Nationen erfreuten die Anwesenden, bevor sie um 22 Uhr in vorbildlicher Ordnung den Petersplatz verliessen, denn die Vatikan-Angestellten mussten den Platz reinigen und alle 22 000 Stühle für die Papstaudienz am folgenden Morgen ordnen. Die Ministranten schätzen diese Grosszügigkeit des Vatikans, der den prächtigen Petersplatz für ein festliches Treffen bis in die Nacht hinein zur Verfügung gestellt hat.

Begegnung mit Papst Johannes Paul II.

Am Mittwochmorgen kamen die 22 000 Minis wieder auf den Petersplatz zur Papstaudienz. Als erste die Polen, welche die vordersten Plätze besetzen wollten. Hinter ihnen waren die Limburger zu erkennen an einem grossen Transparent «We love Bishop Kamphaus», mit dem sie an die Problematik der deutschen Schwangerschafts-Konfliktberatung erinnern.

Das gemeinsame Wallfahrtsthema «Unterwegs in eine neue Welt» wurde vor der Papstaudienz aufgenommen in einem gemeinsamen Bekenntnis für eine neue Welt, in der Gerechtigkeit und Frieden zwischen den Menschen verschiedener Nationen, Geschlechter und Kontinente herrschen; eine neue Welt, in der Versöhnung gelebt wird und nicht Rache, in der die Einzigartigkeit und Würde eines jeden Menschen mit seinen unterschiedlichen Begabungen beachtet wird. Die Ministranten und Ministrantinnen wollen sich einsetzen für eine neue Welt, in der aus Fremden Freunde werden, in der alle Menschen Freude und das zum Leben Notwendige haben, eine neue Welt, in der Gottes Wille mehr zählt als Macht, Besitz und Konsum. Dieses in mehreren Sprachen vorgetragene Bekenntnis für eine neue Welt wurde mit dem gemeinsam gesungenen Amen mehrfach bekräftigt.

Von Castelgandolfo kam Papst Johannes Paul II. auf den Petersplatz zur 1000. Generalaudienz seines Pontifikates am Mittwoch, den 1. August 2001. Er wurde vom CIM-Präsidenten Weihbischof Martin Gächter im Namen der 22 000 Ministranten begrüsst

BERICHTE

und erhielt das eben ausgesprochene Bekenntnis «Unterwegs in eine neue Welt» und das Wallfahrtstuch «CIM Roma 2001», natürlich als Spezialanfertigung in der päpstlichen weissen Farbe.

Der Papst zeigte seine grosse Freude an den vielen Ministranten und widmete ihnen eine eindrückliche Ansprache, die er vorwiegend auf Deutsch hielt. Er erinnerte daran, dass das Ministrantenkleid auf Christus hinweist, den wir in der Taufe «angezogen» haben. Auch wenn sie einmal aus dem Ministrantenkleid hinauswachsen, bleiben die Ministranten und Ministrantinnen im Dienst an Christus und der Kirche. In ihrem Dienst sollen sie immer mehr Freunde Christi werden und diese Freundschaft allen Menschen bringen. Besonders schön zeigt sich diese Freundschaft mit Christus, wenn sich junge Männer aus der Reihe der Ministranten zum Priestertum entscheiden können. «Jesus braucht dringend junge Menschen, die sich ihm grossmütig und vorbehaltlos zur Verfügung stellen. Könnte es sein, dass der Herr auch das eine oder andere Mädchen von euch ruft, um ein gottgeweihtes Leben zu führen und so der Kirche und den Menschen zu dienen? Auch für jene, die sich einmal in der Ehe binden werden, kann das Ministrieren eine gute Schule dafür sein, dass eine gelingende Partnerschaft stets die Bereitschaft zum gegenseitigen Dienen aus freien Stücken einschliessen muss.»

Die Worte des Papstes an die Ministranten und Ministrantinnen beeindruckten alle sehr. Nachdem er seine Gedanken in vielen Sprachen zusammengefasst hat und für alle Gottes Segen erbat, liess es sich der greise Papst nicht nehmen, mit kleinen Schritten zum grössten Rauchfass der Welt zu gehen, um selber Weihrauch einzulegen und mit seinem Stock ans Rauchfass zu klopfen.

Als er schon ins Auto gestiegen war, winkte er mir, um mir nochmals zu danken für meinen Einsatz für die Ministranten. Diesen Dank des Papstes muss ich unbedingt allen weitergeben, die sich für die Ministrantinnen und Ministranten einsetzen in den Pfarreien, Diözesen und Ländern. Besonderen Dank gehört dem CIM (Coetus Internationalis Ministrantium) für seine mühsame und komplizierte internationale Zusammenarbeit, die ja nicht von Rom, sondern mühsam «von unten» aus den verschiedenen Ländern Europas heraus erfolgt. Dank gehört auch der «Deutschschweizerischen Arbeitsgruppe für MinistrantInnenpastoral» (damp), die dank ihres neuen halbzeitlichen Sekretariates in Zürich überhaupt erst fähig war, zum ersten Mal die Minis aus der Schweiz in einer grösseren Zahl zu dieser Romwallfahrt einzuladen und zu begleiten (vgl. ihren Bericht und Bilder auf www.minis.ch).

Viele fragten, wann wird die nächste Europäische Ministranten-Romwallfahrt stattfinden? Im Jahre 2005? Hoffentlich, aber es ist noch ungewiss, weil sie vom CIM wieder «von unten», das heisst mit Hilfe vieler Freiwilliger aus den verschiedenen Ländern Europas organisiert werden muss. Werden sie sich in den kommenden Jahren wieder finden?

Weihbischof *Martin Gächter*

BETHLEHEM IN NOT

Die Frage eines Mitglieds der Kinderhilfe Bethlehem (KHB), ob sich die Ärzte des Kinderspitals, des Caritas Baby Hospital, auch in Kriegsmedizin weiterbilden würden, war für die diesjährige Generalversammlung des Vereins KHB bezeichnend. Die KHB-Präsidentin Margrit Zemp hatte schon ihren schriftlichen Jahresbericht gleichsam leitmotivisch unter den Gedanken des «ganz anders» gestellt, womit sie nicht zuletzt die Veränderungen im Gefolge der Al-Aqsa-Intifada ansprach. Bei seiner mündlichen Erörterung betonte sie vor allem die psychologische Seite der gegenwärtigen Situation: Dieser schleichende Krieg lähme, er lähme Kinder wie Eltern, und das Caritas Baby Hospital könne jetzt auch als Arbeitgeber – mit rund 180 Arbeitsplätzen für palästinensische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mit gerechten Löhnen – Unterstützung leisten.

Der kriegsähnliche Zustand erschwere allerdings den Spitalbetrieb, berichtete die langjährige Laborleiterin des Kinderspitals, Irmgard Schmid, als Ehrenbürgerin von Bethlehem in Bethlehem lebend. Die häufige und unregelmässige Abriegelung der Grenzen zu Israel habe eine Unregelmässigkeit der Arbeits- und mithin Verdienstmöglichkeiten zur Folge, so dass mit zunehmender Armut auch die Bedeutung der Sozialstation des Spitals zugenommen habe. (Von der Abriegelung der Grenze seien natürlich auch Christen und Juden betroffen.)

Das Personal selber leide unter der kriegsähnlichen Situation, sei wegen nächtlichen Kämpfen unausgeruht oder tagsüber in Sorge wegen der Kinder zu Hause. Weil zudem die drei Zonen der palästinensischen Gebiete gegeneinander abgeriegelt werden, sei auch der Zugang zum Spital erschwert. Suchten vor der Intifada täglich 50 bis 80 Mütter die Poliklinik auf, seien es heute nur mehr 20 bis 40. Dass das Personal trotz aller Belastung Beschäftigungslücken für gezielte Fort- und Weiterbildung genutzt hat, wurde von der Generalversammlung mit Respekt vermerkt.

Langfristig von noch grösserer Bedeutung sei die Auswanderung – ein Exodus habe begonnen, brachte Irmgard Schmid diese Kriegsfolge auf den Punkt. Bethlehem sei zu 80% vom Tourismus abhängig und dieser sei gegenwärtig praktisch zum Erliegen gekommen. In dieser schlimmen wirtschaftlichen Situation würden viele an die Auswanderung denken oder sich schon darauf vorbereiten.

Um so wichtiger sei, betonte der medizinische Berater der KHB, Prof. Gregor Schubiger, dass sich das Caritas Baby Hospital unentwegt für jene einsetze, die an der politischen Situation am wenigsten schuld sind, nämlich die Kinder und ihre Mütter. Auch die Diagnosenstatistik widerspiegle die sozioökonomische Situation. Dass Krankheiten der Atmungsorgane sowie infektiöse und parasitäre Krankheiten an der Spitze ständen, sei ein klassisches Symptom für Entwicklungsländer, ein «klassisches Versagen der Prävention». Das Caritas Baby Hospital sei so eine Insel mitten in der israelischen Spitzenmedizin, in Palästina selber aber vorbildlich, auch mit seinen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten. So entwickelte sich die Pflegerinnenschule des Kinderspitals zu einem von den palästinensischen Behörden anerkannten Community-College weiter.

Die Jahresrechnung der KHB widerspiegelt den Abschluss der Renovation und baulichen Sanierung des Kinderspitals. Die Sanierung von Labor und Wäscherei steht noch bevor, und die Erneuerung der Wasseraufbereitung konnte wegen der politischen Situation noch nicht abgeschlossen werden. Der finanzielle Rahmen ist nicht angespannt, erläuterte der KHB-Geschäftsführer Klaus Röllin, doch er verlangt ein kostenbewusstes Wirtschaften und grosse Anstrengungen, um immer wieder jene Mittel zu erhalten, die die Kinderhilfe braucht, um ihre Aufgaben im bisherigen Umfang erfüllen zu können. Bei einem Haushalt in der Höhe von gut Fr. 8,6 Mio. für das laufende Jahr muss mit Spenden in der Höhe von gut Fr. 7,4 Mio. gerechnet werden können. Dabei gibt es viel nicht Vorhersehbares. Währungsbedingt verdoppelte sich zum Beispiel so der letztjährige Kostenschub von gegen 15% auf rund 30%.

Der langjährige und verdiente KHB-Präsident Pfarrer Robert Füglister sollte an der diesjährigen Generalversammlung geehrt werden. Er wurde auch mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet, konnte diese Ehrung aber nicht persönlich entgegennehmen, weil er es vorzog, eine Verpflichtung in seiner Pfarrei wahrzunehmen. Sich ehren zu lassen liebt er offensichtlich weniger; den Dank hat er aber verdient.

Vor geraumer Zeit zurückgetreten ist Pfarrer Robert Füglister auch als Präsident des Fördervereins zugunsten der Universität Bethlehem (Association for Bethlehem University/Association en faveur de la Bethelehem University [ABU]); diese Aufgabe konnte er Prof. Heinrich Koller weitergeben.

Rolf Weibel

NEUE PROBLEME DES KIRCHENBAUS

Eine Tagung im Haus der Stille in Kappel a. A. befasste sich am letzten Wochenende im August mit neuen Problemen des Kirchenbaus. In der Diskussion zwischen Architekten und Theologen wurde deutlich, dass die Komplexität der heutigen religiösen Situation sich auch im Bereich des kirchlichen Bauens spiegelt.

Speziell an der Tagung «Der Raum der Kirche» – veranstaltet von der Schweizerischen St. Lukasgesellschaft für Kunst und Kirche – war ihr interdisziplinärer Charakter. Gleich zu Beginn wurde festgehalten, dass die Zeiten fruchtbarer Zusamenarbeit zwischen Theologen und Architekten im Bereich des Kirchenbaus vorbei sind. Die Folgen dieses Defizits spüren vor allem jene, die konkret mit dem Kirchenbau konfrontiert sind, die Gemeinden. Die Tagung wurde denn auch von einer Reihe von Vertretern aus Kirchgemeinden besucht, die Bauprojekte in Arbeit haben.

Aus den Vorträgen wurde deutlich, dass sich in den vergangen Jahrzehnten die Probleme verschoben haben. Heute geht es weniger um Neubauten, dafür umso mehr um Umbauten und Renovationen, also um die Frage einer sinnvollen Balance zwischen Tradition und Neuem. Gerade in grossen Städten mit ihren oftmals zu grossen Kirchen muss man sich auch mit dem Gedanken der Umnutzung von kirchlichen Bauten befassen.

In einer von Pluralismus und Mobilität geprägten religiösen Landschaft gibt es zudem auch neue Bauaufgaben: Es entstehen religiöse Räume in Spitälern, Bahnhöfen, Flugplätzen, an Autobahnen usw. Diese sind oftmals nicht mehr exklusiv christliche Räume, sondern inter- bzw. multireligiöse oder «Räume der Stille».

Einfache Lösungen konnte die Tagung nicht liefern. Vielmehr war die Einsicht wichtig, dass die komplexe religiöse Situation der Gegenwart auch vor dem Kirchenbau nicht Halt macht. Als Konsens unter den Diskutierenden ergab sich, dass bei kirchlichen Bauprojekten eine enge Zusammenarbeit zwischen Architekten, Theologen und Kirchgemeinden unerlässlich ist.

Matthias Zeindler

AMTLICHER TEIL

ALLE BISTÜMER

253. Ordentliche Versammlung der Schweizer Bischofskonferenz (SBK), Priesterseminar der Diözese Sitten, Givisiez (FR), vom 3.–5. September 2001

Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) tagte vom 3.–5. September 2001 im Priesterseminar der Diözese Sitten in Givisiez (FR). Sie befasste sich vor allem mit drei wichtigen und aktuellen Themen: mit dem Schwangerschaftsabbruch (Abstimmung im kommenden Jahr über die Fristenregelung und die Initiative von Mutter und Kind), mit der Situation der Papierlosen (Sans-Papiers) sowie mit der Katechese und dem Religionsunterricht in der Schule. Wie üblich hat die SBK den Apostolischen Nuntius, Mgr. Pier Giacomo De Nicolò, zu einem Besuch empfangen und dessen Botschaft entgegengenommen.

Sans-Papiers: Eine kategoriale Lösung

Die Schweizer Bischöfe haben das hochaktuelle Problem der Situation behandelt, in der sich die Sans-Papiers in unserem Land befinden. Bischof Bernard Genoud – Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg – erinnerte an die verschiedenen Stationen der Besetzung der Pfarreiräumlichkeiten von St. Paul in Freiburg.

Es ist den Bischöfen ein Anliegen, deutlich zu unterstreichen, dass die Papierlosen nicht auch zugleich rechtlos sind. Es geht dabei namentlich um das Recht, als Mensch behandelt zu werden. Sie wollen ihre Augen nicht verschliessen vor den echten, oft jahrelangen Leiden ganzer Familien. Sie bitten die Behörden, weiterhin zu bedenken, dass es sich hierbei nicht nur um Verwaltungsangelegenheiten handelt, sondern um Personen. Die Bischöfe begrüssen in diesem Sinn den Vorschlag, Ombudsstellen einzurichten als einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Dieser Vorschlag kann aber nur ein erster Schritt sein… Deshalb schlägt die SBK einen Weg vor, der darauf hinausläuft, alle Dimensionen des Problems zu berücksichtigen: jene juristischer und humanitärer Natur sowie migratorischer, politischer und ökonomischer Art, aber auch jene auf völkerrechtlicher, kultureller und spiritueller Ebene. Um diese komplexen Fragen anzugehen, schlagen die Bischöfe weder eine Globallösung noch eine rein individuelle Lösung vor, sondern zuerst eine Lösung nach Kategorien. Es ist angezeigt, die verschiedenen Kategorien der Sans-Papiers gut zu unterscheiden: einerseits jene, die regulär und offiziell in die Schweiz eingereist und oft gut integriert sind, aber aus verschiedenen Gründen in eine illegale Situation geraten sind; andererseits jene, die nie über eine Aufenthaltsbewilligung verfügt haben; wiederum andere, die in krimineller Absicht eingereist sind oder während ihres Aufenthaltes schwer gegen das Gesetz verstossen haben; schliesslich die Asylbewerber, deren Gesuch abgelehnt wurde und die trotz allem in der Schweiz geblieben sind.

Asylbewerber dürfen nicht mit Sans-Papiers verwechselt werden und die Asylgesetzgebung darf nicht dazu missbraucht werden, um die Situation der Sans-Papiers zu regeln: Die Problematik der letzteren ist nicht direkt mit dem Problem der Asylbewerber verbunden. Die Bischöfe empfehlen auch nicht eine Politik einer allgemeinen Regelung jenen gegenüber, die illegal in die Schweiz eingereist sind und nie eine Aufenthaltsbewilligung besessen haben. Für sie ist eine fallweise Regelung nach genauen Kriterien wünschenswert. Für jene schliesslich, die aus verschiedenen Gründen und Umständen in die Illegalität abgerutscht sind, muss eine auf die Person zugeschnittene Lösung schnell gefunden werden können.

Die Kriterien, die einen Beitrag zur Regelung der Situation von Menschen, die in der Illegalität leben, leisten können, müssen neu überdacht werden. Andeutungsweise seien einige solcher Kriterien hier genannt: Aufenthaltsdauer in der Schweiz; ununterbrochene Anstellung und Bereitschaft des Arbeitgebers, das Arbeitsverhältnis weiterbestehen zu lassen; keine Straffälligkeit; für jene, die eine Aufenthaltsbewilligung besessen haben, um welchen Typus von Bewilligung es sich auch handelte; Situation der Kinder im Fall von Familien (Einschulung usw.). Eines sei jedenfalls mit aller Bestimmtheit gesagt: Wir können Kinder nicht bestrafen für die illegale Situation ihrer Eltern!

Eine vertretbare Lösung muss zwei Phasen des Weges einschliessen: Ein retroaktives Moment (die oben genannten Kriterien) und ein prospektives Moment (Änderung der Gesetzgebung) mit dem angestrebten Ziel, eine annehmbare langfristige Lösung zu finden.

Eine solche Lösung impliziert auch ein Überdenken unserer Haltungen Fremden gegenüber und muss zu einer Verkürzung der Verfahren führen. Es ist zudem unmöglich, die gegenwärtige Heuchelei gutzuheissen, wenn etwa Unternehmer Menschen in einer illegalen Situation ausbeuten und sie weder an den Sozialversicherungen noch an einem gerechten Lohn teilhaben lassen.

Die Bischöfe erinnern schliesslich daran, dass die katholischen fremdsprachigen Missionen sich seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet engagieren im Hinblick auf eine konstruktive Integration: Sie werden sich auch weiterhin überzeugt in diesem Sinne engagieren im Bewusstsein, dass sie damit unserer Gesellschaft einen wichtigen Dienst leisten, einer Gesellschaft, die mehr und mehr mit dem Phänomen der Migration konfrontiert ist.

Erklärung der SBK zum Schwangerschaftsabbruch

Das Schweizer Volk wird voraussichtlich im Juni nächsten Jahres an die Urnen gerufen, um über zwei Vorlagen zu entscheiden, die den Schwangerschaftsabbruch betreffen: das Referendum zur Fristenregelung (es handelt sich dabei nie um eine Lösung!) und die Initiative von Mutter und Kind. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Vorlagen auf ethischer Ebene und entgegen ihrer Gewohnheit, keine Stimmempfehlungen zu Vorlagen abzugeben, hat die SBK es als höchst wichtig erachtet, sich in unmissverständlicher Weise diesbezüglich zu äussern. Sie tut dies auf der Linie ihrer Äusserungen vom September 1997, wie auch ihrer Erklärung vom vergangenen April. In dieser Absicht ist durch die *Theologische Kommission der SBK das Dokument «Neun Leitsätze zum Schwangerschaftsabbruch – Veröffentlichungen der Theologischen Kommission der SBK – Kirche und Öffentlichkeit»* veröffentlicht worden. Die Schweizer Bischöfe haben in ihrer 253. Ordentlichen Versammlung noch einmal eine *Erklärung zum Schwangerschaftsabbruch* verfasst.

Der schulische Religionsunterricht

Die SBK hat Pfr. Pascal Bovet, Präsident der Commission catéchétique de la CES (CCCE), und Herrn Walter Achermann, Präsident der Interdiözesanen Katechetischen Kommission (IKK), empfangen. Beide stellten in einer sprachregionalen Analyse die momentane Situation des Religionsunterrichtes dar, wie auch die zum Teil deutlichen gesetzlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Kantonen. Sie unterschieden dabei klar drei Typen von Unterricht: zum einen auf Ebene der öffentlichen Schule, erstens den konfessionellen Religionsunterricht, zweitens den Bibelunterricht und/oder das Fach Religionskunde, das von der Schule her gewährleistet wird; zum andern drittens die Katechese in den Pfarreien. Die Bischöfe begrüssen die Anstrengungen, die in verschiedenen Kantonen gemacht werden im Hinblick auf den schulischen Religionsunterricht. Sie unterstreichen allerdings ihr Anliegen, dass der

konfessionelle Religionsunterricht in jenen Kantonen gewährleistet bleibt, in denen die Gesetzgebung es vorsieht. Sie überprüfen mit den verantwortlichen Instanzen die Möglichkeit, Richtlinien zu erarbeiten, die eine vertiefte Katechese in den Pfarreien ermöglichen. Auf jeden Fall beabsichtigen die Bischöfe, ihr Gewicht in die Diskussion mit einzubringen, die im Zusammenhang mit der Schulgesetzgebung in den verschiedenen Kantonen im Gange ist.

Jugendsymposium der Europäischen Bischöfe

Vom 24. bis zum 28. April 2002 wird in Rom ein Symposium der Europäischen Bischöfe stattfinden unter dem Titel «Junge Menschen Europas im Wandel – Laboratorium des Glaubens». Die Delegierten der SBK an diesem Symposium werden sein: Weihbischof Denis Theurillat, Ansprechpartner der Bischofskonferenz für Jugendfragen, sowie Weihbischof Martin Gächter und Weihbischof Pierre Bürcher. Eine junge Schweizerin wird ebenfalls als Vertreterin unseres Landes dabei sein; eine Kandidatin ist noch zu bestimmen.

Pastoralplanungskommission

Die SBK hat Frau *Claudia Mennen* (Wettingen [AG]) und Herrn *José Amrein-Murer* (Immensee [SZ]) zu Kopräsidenten der Pastoralplanungskommission ernannt. Zum ersten Mal wird das Präsidium dieser Kommission von zwei Personen wahrgenommen.

Frau Mennen wurden 1963 in Mönchengladbach (Deutschland) geboren und ist Theologin. Seit acht Jahren arbeitet sie auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung im Kanton Aargau. Herr Amrein-Murer ist 1947 in Kriens (LU) geboren. Auch er ist Theologe und leitete von 1996 bis 2000 das Romerohaus in Luzern. Er ist Bildungsbeauftragter im Missionshaus Bethlehem in Immensee.

Neues Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (AGCK)

Die SBK hat Frau *Michèle M. Schumacher* als katholische Vertreterin in die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen ernannt. Sie ist doppelter Nationalität (Amerikanerin und Schweizerin), verheiratet und Mutter zweier Kinder. Frau Schumacher besitzt das Doktorat in Theologie und ist externe wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Theologischen Fakultät in Freiburg.

Neues Mitglied der Ökumene-Kommission

Die Bischöfe haben Chorherr *Roland Jacquenoud* zum Mitglied der Ökumene-Kommission der SBK ernannt. Chorherr Jacquenoud hat den Lizenziatabschluss sowohl in Philosophie wie auch in Theologie und ist Lehrer am Kollegium St-Maurice sowie Novizenmeister der Abtei. Als bereits amtierender Sekretär der Orthodox/Römisch-katholischen Gesprächskommission wird er die Verbindung zwischen beiden Organen gewährleisten können.

Neuwahlen in die Kommission Justitia et Pax

Elf neue Mitglieder wurden in die Nationalkommission Justita et Pax für die Periode 2002–2005 bestimmt. Es handelt sich um *Alberto Achermann* (BE), *Sylvie Bailat* (JU), *Béatrice Bowald-Furrer* (LU), *Markus Brun* (BS), *Olivier Dinichert* (BE), *Georg G. Goetz* (ZH), *Marc Savary* (VD), *Regula Schmitt-Mannhart* (BE), *Eva Segmüller-Weber* (SG), *Thomas Wallimann* (NW) und *Rosmarie Zapfl-Helbling* (ZH).

Die SBK dankt allen scheidenden Mitgliedern der Kommission ganz herzlich für ihre grossartige Arbeit in dieser Kommission. Die übrigen zehn Mitglieder wurden wiederbestätigt, zumal sie noch nicht am Ende ihres Mandats stehen. Auch ihnen dankt die SBK ganz herzlich.

Erklärung der SBK zum Schwangerschaftsabbruch

Im kommenden Sommer wird das Schweizer Volk zur Abstimmung über ein Referendum und eine Volksinitiative eingeladen, die beide den Schwangerschaftsabbruch betreffen. In ihrer Sorge um den Schutz des menschlichen Lebens nehmen die Schweizer Bischöfe zu dieser Abstimmung wie folgt Stellung:

1. Das menschliche Leben, das von Gott geschaffen ist und von Jesus Christus geheiligt, besitzt eine unvergleichliche und unantastbare Würde. Diese Würde wird heute als Recht auf Leben allgemein anerkannt, so auch in der Bundesverfassung (vgl. Art. 7 und 10, 1). Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Kirche und des Staates, dieses Leben in all seinen Phasen zu schützen, auch das behinderte und das ungeborene Leben. In dessen Erbanlage ist, wie wir heute wissen, die Persönlichkeit bereits vorgezeichnet. Deshalb ist jeder Schwangerschaftsabbruch Tötung eines menschlichen Wesens und darum sittlich unerlaubt, welche Gesetzesordnung auch immer zugrunde liegt.

2. Sowohl die generelle Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches in den ersten 12 Wochen (Art. 119, 2) wie die in Art. 119, 1 enthaltene Erweiterung der Indikationenlösung sind für die Schweizer Bischöfe schlechthin unannehmbar. In den neu gefassten Artikeln nimmt der Staat seine Schutzfunktion für das ungeborene, wehrlose Leben nicht mehr genügend wahr und delegiert den Schutz dieses Lebens weitgehend in die alleinige Verantwortung der betroffenen Frauen bzw. eines behandelnden Arztes, ohne dass den Frauen in ihrer Notlage genügend Hilfe angeboten wird.

3. Die Bischöfe sind sich bewusst, dass sich das Problem des Lebensschutzes mit den Mitteln des Strafrechts allein nicht lösen lässt. Im Hinblick auf eine bessere Lösung der Problematik des Schwangerschaftsabbruches ist in erster Linie ein flankierendes Paket gesetzlicher Massnahmen zugunsten betroffener Frauen und des Familienschutzes zu fordern: Mutterschaftsversicherung, Mutterschaftsurlaub, Kinderzulagen, Kinderkrippen, reduzierte Krankenkassentarife und Steuererleichterungen usw.

Nicht zuletzt muss eine Schwangerschaftsberatung gefordert werden, die konkrete Hilfestellungen anbietet und vom Staat gefördert wird. Erst im Rahmen eines solchen Pakets, durch das der Staat seiner Schutzpflicht nachkommt, wird für uns Bischöfe eine Gesetzesänderung weniger problematisch. Die SBK hat ihre eigene Überzeugung schon in neun Leitsätzen zum Schwangerschaftsabbruch verdeutlicht. Diese sind im Internet und als Broschüre verfügbar (Neun Leitsätze zum Schwangerschaftsabbruch – Veröffentlichungen der Theologischen Kommission der SBK – Kirche und Öffentlichkeit). In diesen Leitsätzen wird an die komplexe Fragestellung, an die ethischen Probleme und die sozialpolitischen Zusammenhänge erinnert, die in der Frage des Schwangerschaftsabbruches berücksichtigt werden müssen.

4. Im Licht dieser Erwägungen erachten die Bischöfe deshalb auch die Initiative für «Mutter und Kind», trotz der darin enthaltenen positiven Massnahmen und der vorgesehenen Nothilfe, als ungenügend. Ein Strafgesetz allein, dessen Nichteinhaltung voraussehbar ist, führt erfahrungsgemäss nicht weiter.

Im kommenden Abstimmungskampf ermahnen wir Bischöfe die Gläubigen und die ganze Schweizer Bevölkerung im Blick auf diese Erwägungen und aufgrund ihres eigenen sittlichen Gewissens als Menschen und als Christen, sich aktiv einzusetzen für einen besseren Schutz von Mutter und Kind.

Freiburg, 5. September 2001

Die Schweizer Bischöfe

BISTUM BASEL

Ernennung

Peter Spinatsch-Heurman als Gemeindeleiter für die Pfarrei Heilig Kreuz, Bern, per 9. September 2001.

BISTUM CHUR

Mitteilung

Bischof Amédée Grab hat der Heilig-Blut-Gemeinschaft Wolfegg-Alttann die Erlaubnis erteilt, zugunsten der Ukrainisch-Katholischen Kirche Messstipendien in der Diözese Chur zu sammeln. Mit dem folgenden Aufruf gelangt die Gemeinschaft an unsere Pfarreien: «Der katholische Redemptoristenorden wäre dankbar für die Unterstützung durch Messstipendien. Die Heiligen Messen werden in der Ukraine gefeiert im schönen byzantinischen Ritus. Der Orden hat 50 Patres und 53 Studenten. Er gehört zur Ukrainisch-Katholischen Kirche des byzantinischen Ritus, die ein Zweig der Katholischen Kirche ist und in voller Einheit mit Rom steht. Zu Ihrer Information können Sie unverbindlich unser ‹Info› anfordern. Unser Hilfswerk hat ein Konto in der Schweiz. Heilig-Blut-Gemeinschaft vom Erlöser der Welt e.V., Kirchberg 32, D-88364 Wolfegg-Alttann.»

BISTUM ST. GALLEN

Seelsorgerat:
Welche Werte braucht es wozu?

Der Seelsorgerat des Bistums St. Gallen tagte am 1. September in Gossau und damit am gleichen Tag, da in Bern der Abschluss der Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz gefeiert wurde. In der Bundeshauptstadt sagte Amédée Grab als Präsident der Schweizer Bischofskonferenz bei der Vorstellung des «Wortes der Kirchen», unsere Gesellschaft, ja die ganze Welt, sei eine «Baustelle», zumal die Umsetzung ethischer Werte keine Selbstverständlichkeit sei. Und Thomas Wipf als Präsident des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ergänzte, dass es für den Bau einer menschenwürdigen Zukunft Werte brauche, die sich ein Staat nicht selber geben könne.

Ebenfalls mit Werten im Zusammenhang mit heutigen Familienrealitäten setzten sich in Gossau die Mitglieder des von Franz Hediger, Bronschhofen, präsidierten Seelsorgerates auseinander. Die Wertediskussion moderierte im Auftrag der Arbeitsgruppe Familie Büromitglied Alex Hautle, Rebstein. Er hatte Papiere ausgearbeitet, die in einem ersten Durchgang anhand 18 aufgelisteter positiver und negativer Situationen – von «ich stelle mich Konflikten» über «ich bin entwurzelt» bis zu «ich bin nachtragend» und «ich kann geben und nehmen» – eine Selbsteinschätzung ermöglichten. Zu den gleichen Situationen wurden anschliessend in kleinen Gruppen jene Werte und Haltungen gesucht, die nötig sind, um beispielsweise offen und ehrlich oder um versöhnlich zu sein, um sich in der Familie geborgen zu fühlen, um sich Konflikten zu stellen oder um Nähe zu geben und zulassen zu können.

Die Arbeitsgruppe Familie bereitet nun die Ergebnisse der Halbtagessitzung auf für die Tagung vom 23./24. November in Quarten. An ihr wird es darum gehen, bestimmte Problemfelder vertiefter zu behandeln, um dann gewisse Empfehlungen an die Pfarreien weitergeben zu können. Familie sei der wichtigste Ausbildungsort für die Wertevermittlung heisst es ja – um an den Anfang des Berichtes zurückzukehren – im Wort der Kirchen zur Ökumenischen Konsultation.

Niklaus Popp, der jüngste Pfarrer im Bistum und selber Seelsorgeratsmitglied, hatte vorgängig der Sitzung die Andreas- und Pauluspfarrei vorgestellt. Zum Abschluss orientierte Pfarrer Josef Manser als Präsident der Arbeitsgruppe «He! Was glaubst Du?» über die guten Erfahrungen, die er mit dem Bistumsprojekt gemacht hatte: «Man kann etwas bewegen!» Dass die letzte Projektphase, das Handeln, in verschiedene Kommissionen und Gruppen aufgenommen wurde und auch ein Thema bei der Visitation der Pfarreien ist, konnte Bischofsvikar Markus Büchel ergänzen. In Bezug auf die geplanten Seelsorgeeinheiten sprach er von einem pragmatischen Weg auf Bistumsebene. Zurzeit werden die Rückmeldungen aus den Dekanaten ausgewertet.

Bischof Ivo informierte über die Geschäfte, die an der zurzeit tagenden Bischofskonferenz behandelt werden, und über die im Herbst stattfindende Begegnung zwischen der Schweizerischen Bischofskonferenz und der Bischofskonferenz Südafrikas, die dazu eingeladen hat. Die Delegation der SBK wird von Bischof Ivo geleitet.

Kobelwald: Neuer Pastoralassistent

In der Pfarrei St. Sebastian in Kobelwald, die zum Seelsorgeverband Oberriet-Rüthi-Kobelwald gehört, ist nach einer rund halbjährigen Vakanz der neue Pastoralassistent *Günter Schatzmann* am 1. September 2001 in sein Amt eingesetzt worden.

Günter Schatzmann ist Vorarlberger und arbeitete während zehn Jahren als Pastoralassistent in Götzis. Er wird mit seiner Frau und den beiden Töchtern weiterhin in Koblach wohnen, im Pfarrhaus in Kobelwald hat er jedoch sein Büro. Dort ist er auch Ansprechperson für die Pfarrei.

Mit der Pfarrei Kobelwald freuen sich auch die Pfarreibeauftragte Beate Kuttig und Pastoralassistent Volker Eschmann über die Verstärkung des Teams im Seelsorgeverband.

9. Ökumenischer Jugend-Begegnungstag: «alles oder nüüt?»

Der Jugend-Begegnungs-Tag am Sonntag, 16. September, von 12 bis 18 Uhr im St. Galler Klosterbezirk bietet mit 35 Workshops eine grosse Auswahl. Es ist jeweils recht schwer, sich für einen zu entscheiden. Entscheidungen für die Gestaltung ihres Lebens müssen die jungen Leute heute, da der Markt der Gestaltungsmöglichkeiten riesig ist und sie enorm umworben werden, täglich fällen. Sie müssen spüren und wissen, was sie in ihrem Leben wollen. Oft braucht es Mut für die eine oder andere Entscheidung. Auch muss das Bewusstsein entwickelt werden, in der Gesellschaft mitzuentscheiden. Der Jugend-Begegnungs-Tag lädt die jungen Leute dazu ein, sich «fit zu machen» für Entscheidungen, die sie selber fällen, die ihnen nicht von andern aufgedrängt werden.

«Gibt es mehr als alles?», mit dieser Frage beschäftigt sich der Gottesdienst in der St. Laurenzenkirche. Mit Musik und kulinarischen Angeboten klingt der Tag bei der After-hour im inneren Klosterhof aus.

Der Jugend-Begegnungs-Tag wird wiederum ein Treffpunkt für viele Jugendliche und Engagierte in der kirchlichen Jugendarbeit sein. Dieser Tag ist zur beliebten Institution innerhalb der Kirchen geworden. Die Verantwortlichen des Tages (aki Arbeitsstelle für kirchliche Jugendarbeit, St. Gallen, und evangelische Arbeitsstelle für Jugendfragen und Diakonie, St. Gallen) bemühen sich, aufgrund der Rückmeldungen von Jugendlichen im Vorjahr und aus den Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen, einen Tag zu gestalten, der Jugendliche anspricht und in ihrer Lebenswelt abholt.

Priesterweihe in Rebstein

Am Sonntag, 21. Oktober, um 14.30 Uhr, spendet Bischof Ivo Fürer in der St.-Sebastian-Kirche in Rebstein Diakon *Albert Wicki* die Priesterweihe.

Der 1967 geborene und in Escholzmatt (LU) aufgewachsene Weihekandidat kennt die Arbeitswelt aus verschiedenen Blickwinkeln. Nach einer Lehre als Käser war er Praktikant in einem Sonderschulheim, und während der späteren Studienjahre arbeitete er während den Ferien in Hotels und Altersheimen, war er Chauffeur und Liegewagenbegleiter. 1991 schloss er die dreijährige Ausbildung zum Katecheten am Katechetischen Institut in Lu-

zern mit dem Diplom ab und war dann bis 1995 Katechet und Jugendarbeiter im Taminatal. Und nochmals nahm er ein Studium in Angriff. In Einsiedeln und München studierte er Theologie. In Rebstein wurde er in die praktische Pfarreiarbeit eingeführt; von dort aus besuchte er den Pastoralkurs in St. Gallen. Anfangs Juli wurde er zum Diakon geweiht. *Diakone und Priester, die konzelebrieren, sind gebeten, Albe und weisse Stola mitzunehmen und sich anzumelden beim Pfarreisekretariat, Telefon 071-777 11 81, oder bei Albert Wicki, Telefon 071-777 17 84, Fax 071-777 11 91.*

FORTBILDUNG

ÄMTER IN DER KIRCHE

Im Wintersemester 2001/2002 findet an der Theologischen Hochschule Chur (THC) ein Seminar zur Frage der Berufsprofile der verschiedenen pastoralen Dienste statt: *Ämter in der Kirche. Zur theologischen und pastoralen Identität von Pastoralassistenten/-assistentinnen und Priestern.*

Das Seminar will dogmatische und pastoraltheologische Perspektive miteinander verbinden und wird geleitet von den Professoren Hermann Kochanek (Pastoraltheologie) und Eva-Maria Faber (Dogmatik) sowie von Regens Dr. Josef Annen.

Um neben den Studierenden der THC auch interessierten Seelsorgern und Seelsorgerinnen die Teilnahme zu ermöglichen, findet die Veranstaltung an sieben Terminen geblockt statt, und zwar mittwochs, 17. Oktober 2001, 24. Oktober 2001, 21. November 2001, 28. November 2001, 9. Januar 2002, 16. Januar 2002, 6. Februar 2002, jeweils von 14.45–18.15 Uhr. Die Präsenz bei allen Sitzungen ist zwar erwünscht; bei Verhinderung an einem oder zwei Terminen ist die Teilnahme aber dennoch möglich.

Wer gerne teilnehmen möchte, melde sich bitte im Sekretariat der Theologischen Hochschule Chur (Telefon 081-252 20 12, E-Mail sekretariat@priesterseminar-thc.ch) oder bei Josef Annen (Telefon 081-252 91 66, E-Mail regens@priesterseminar-thc.ch).

PROJEKTARBEITEN DER BERUFSEINFÜHRUNG

Im Nachdiplomstudium Berufseinführung (NDS BE) der Theologischen Fakultät Luzern 1999/2001 sind zur Erlangung des Zertifikates wiederum interessante Abschlussarbeiten erstellt worden, die in Pfarreien direkt umgesetzt werden können. Die Kursteilnehmenden haben in Gruppen folgende Projekte erarbeitet:

1. *«Komm herauf zu mir auf den Berg!» (Ex 24,12)*... ein Projekt verschiedener Herkünfte, die die Begegnung mit dem Anderen und mit anderen Jugendlichen erleben wollen... *«Viens vers moi sur la montagne...»*... un projet pour des jeunes de différents horizons qui désirent vivre la Rencontre de l'Autre et des autres. (Hierbei geht es um eine liturgisch-meditativ gestaltete Bergwanderung.)
2. *Jesus-Begegnungen.* Vier meditative Bibelabende.
3. *Maria. Die (un)bekannte Frau.* (Hier handelt es sich um eine umfassende Materialsammlung zu Maria mit verschiedenen Umsetzungsmodellen, zum Beispiel für Erwachsenenbildung, Katechese oder Liturgie.)
4. *Selig die Trauernden, denn sie werden getröstet werden.* Pfarreiliche Begleitung in der Trauer.
5. *Hat sich Gott aus der Welt verabschiedet?* Drei Themenabende zum Verhältnis «Theologie und Philosophie» als Projekt im Bereich der Erwachsenenbildung.

Diese Arbeiten stehen allen Interessierten zur Verfügung und können in der Bibliothek des Seminars St. Beat, Luzern, eingesehen bzw. ausgeliehen werden.

Kursleitung NDS BE

HINWEISE

WELTMISSIONSSONNTAG

Einst galt der Libanon als die «Schweiz des Nahen Ostens». Dann hat ein 17 Jahre dauernder Bürgerkrieg das Land weitgehend zerstört. Wie sieht dort die Lage zehn Jahre später aus? Die August-Nummer der Eine-Welt-Zeitschrift ite geht dieser Frage nach (ite 4/2001: Libanon). Sie gibt auch Einblick in die libanesische, recht verwirrende Vielfalt der christlichen Kirchen. Anlass zur Nummer gab der Weltmissions-Sonntag, der im Oktober dem Libanon gewidmet ist. Gratis-Probenummern sind erhältlich bei: Missionsprokura der Schweizer Kapuziner, Postfach 1017, 4601 Olten, Telefon 062-212 77 70, E-Mail abo@missionsprokura.ch

JUGENDWALLFAHRT NACH EINSIEDELN

Für den 19./20. Oktober laden die Mönche des Klosters Einsiedeln Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 40 Jahren zu einer Wallfahrt nach Einsiedeln ein. Ziel der Wallfahrt ist es, den Glauben an die Person und Botschaft Jesu zu vertiefen und zu feiern. Programmschwerpunkt bilden eine von den Mönchen begleitete Fusswallfahrt von Zug, Rapperswil und Biberbrugg nach Einsiedeln, die gemeinsame Eucharistiefeier sowie katechetische Workshops. Anschliessend an die Ateliers findet am Samstagvormittag ein Gespräch mit einer bekannten Persönlichkeit über «Christ sein heute» statt.

Zur vorgängigen Information werden die verschiedenen Ateliers und ihre Leiter/Leiterinnen ab September mit Bild und Text sukzessive auf der Homepage der Jugendwallfahrt (www.juwa-einsiedeln.ch) vorgestellt. Anmeldung (bis 10. Oktober 2001) und weitere Infos: www.juwa-einsiedeln.ch oder Telefon 079-562 43 62.

HEILIGSPRECHUNG VON LÉONIE FRANÇOISE DE SALES

Die Oblatinnen des hl. Franz von Sales, die in der Schweiz drei Niederlassungen haben, laden anlässlich der Heiligsprechung ihrer Gründerin Mutter Léonie Françoise de Sales Aviat am 25. November 2001 zu einer Rom-Wallfahrt ein; auf der längeren Variante der Reise werden noch Assisi und Perugia besucht. Begleitet wird diese Wallfahrt von Weihbischof Denis Theurillat.

Auskünfte erteilen die Schweizer Niederlassungen der Schwesterngemeinschaft, Tel. 032-422 01 24 (Maison Chappuis, Soyhières), 032-381 33 42 (Villa Maria, Bern), 021-948 77 13 (Institut, Châtel-St-Denis).

BÜCHER

Die Kirche und ihre Zukunft

Michael Hochschild, Auf der Schwelle in die Zukunft. Den Wandel der Kirche verstehen und mitgestalten, Verlag Katholisches Bibelwerk, Stuttgart 2001, 127 Seiten.
Wie sähe die Kirche aus, wenn sie nicht in Krise wäre? Diese Frage ist der Ausgangspunkt von Überlegungen Michael Hochschilds, der sich als Soziologe mit der Krise der Kirche auseinandersetzt und Wege in die Zukunft vorschlägt. In 4 Kapiteln greift er heutige Fragen an die Kirche und ihre Gemeinschaft auf. Der Autor bezeichnet sie als «Kulturbetrachtungen in christlicher Absicht» (S. 9), die in sich geschlossen sind.
Eingeführt werden die einzelnen Kapitel, die überschrieben sind als «Metaloge» durch Gespräche unter Jugendlichen. Die Dialoge sind teilweise theoretisch und wirken befremdend als Aussagen von jungen Menschen. Dennoch sind es Themen, die alle angehen, die sich mit der «Kirchenverfassung» zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen. Die «jugendliche Theorie» ist dem Autor bewusst. Die Dialoge sind ihm die Einstiege zu Analyse, Entwicklung und Anregungen und wirken zudem erfrischend und anregend zum eigenen Nachdenken.
Die Kapitel befassen sich mit der Herkunft der gegenwärtigen Kirchenkrise aus der unbewältigten Vergangenheit des Milieukatholizismus, mit der veränderten Gesellschaft und dem Abseitsstehen der Kirche, mit der Glaubensnot und mit dem sozialen Auftrag der Kirche, dessen sie sich neu bewusst werden soll.
Kritische und hämische Stimmen zur Kirche und ihrer aktuellen Situation sind heute sattsam bekannt, auch von Soziologen. Das Buch von Michael Hochschild beschönigt nichts und setzt sich ebenfalls kritisch mit der heutigen Situation der Kirche auseinander. Wer das Buch liest, spürt deutlich, dass es dem Autor um die Zukunft der Kirche geht – unter dem Blickwinkel des Soziologen. Deswegen mag die Rückbesinnung auf den Kern der kirchlichen Sendung und auf den geistigen Inhalt für einige zu kurz kommen. Dabei ist zu bedenken, dass dies die Aufgabe der Theologen sein sollte. Der Beitrag des Soziologen, der die Kirche nicht nur als eine «spirituelle Vereinigung» betrachtet, sondern auch als eine Gemeinschaft von Menschen in ihren sozialen Bezügen, ist lesenswert und kann das ergänzen, was heute immer mehr auch in spiritueller Hinsicht angeregt wird. *Urs Köppel*

Kirche morgen

Michael Sievernich SJ und Johannes Beckermann (Hrsg.), Christen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Entwicklungen und Perspektiven, Verlag Josef Knecht, Frankfurt am Main 2000, 117 Seiten.
Die philosophisch-theologische Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main hat in Zusammenarbeit mit dem Cartell Rupert Mayer eine Vorlesungsreihe veranstaltet, die sich interdisziplinär mit der Frage auseinander setzte, wo das Christentum am Beginn des neuen Millenniums steht und welche Herausforderungen auf die Kirchen zukommen. Die Veranstalter konnten ein illustres Team von Führungskräften aus Kirche und Gesellschaft und ausgewiesene Fachleute internationaler Provenienz zur Mitarbeit heranziehen. Der Bischof von Erfurt Joachim Wanke schildert aus kirchlicher Perspektive die Herausforderungen, denen sich Christen in Europa zu stellen haben. Bischof Wanke, der schon unter dem Regime der DDR gewirkt hatte, kennt wie kein zweiter Hoffnungen und Enttäuschungen deutscher Katholiken und weiss, wo ihnen der Schuh drückt. Professor Norbert Walter, in führender Stellung für die Deutsche Bank tätig, untersucht das Verhältnis Wirtschaft und Religion im Zeitalter der Globalisierung. Der Religionssoziologe Michael N. Ebertz untersucht den Wandel im Deutschen Katholizismus, während der polnische Jesuit und Philosoph Adam Zack die Lage des Christentums in Osteuropa thematisiert. Der derzeitige Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung Wolfgang Frühwald macht sich Gedanken über die immer noch kulturprägende Kraft des Christentums. Zum Abschluss referiert der Veranstalter der Reihe, P. Medard Kehl SJ, über Chancen und Aufgaben der Kirche in der Kultur der Moderne. *Leo Ettlin*

Kirche in Deutschland

Karl Lehmann, Es ist Zeit an Gott zu denken. Ein Gespräch mit Jürgen Hoeren, Herder Spektrum 5054, Freiburg i. Br. 2000, 192 Seiten.
Jürgen Hoeren, Ressortleiter Kulturelles Wort/Aktuelle Kultur am SWR 2 Baden-Baden, hatte Gelegenheit, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, ausgedehnte Gespräche zu führen. Der vorliegende Band gibt Gelegenheit, den Bischof von Mainz näher kennen zu lernen, seine Herkunft aus dem Hohenzollerischen Sigmaringen, wo er am Gymnasium von einem überragenden Deutschlehrer nachhaltig geprägt wurde. Er gibt Rechenschaft über die theologische Ausbildung in Freiburg im Breisgau und an der Gregoriana in Rom. Intensive theologische Kontakte vermittelte dann die Konzilsvorbereitung und die Konzilszeit mit Karl Rahner, Yves Congar, Henri de Lubac usw.
Doch steht das Biographische eher am Rande. Das eigentliche Thema sind die Probleme der katholischen Kirche in Deutschland und die Zukunft von Religion und Kirche. Karl Lehmann muss zu vielen heissen Eisen Stellung nehmen, und er tut es mit der ihm gründlichen Art, Probleme anzugehen. Der journalistische Gesprächspartner hat auch keine Hemmungen, bohrend nachzufragen. Die diskutierten Probleme bilden eine grosse, bunte Palette wie etwa Schwangerenberatung, Homosexualität, Zölibat, Frauenordination, Probleme von Kirche und Staat, Sterbehilfe. Die Darlegungen des Bischofs von Mainz sind für das Verständnis deutscher Kirchenprobleme sehr aufschlussreich und können Vorurteile aus unserer helvetischen Optik ins rechte Licht stellen. *Leo Ettlin*

Autorin und Autoren dieser Nummer
Dr. P. *Leo Ettlin* OSB
Marktstrasse 4, 5630 Muri
Martin Gächter, Weihbischof
Postfach 216, 4501 Solothurn
Regula Grünenfelder
Bibelpastorale Arbeitsstelle
Bederstrasse 76, 8002 Zürich
Dr. *Urs Köppel*
Haselwart 7, 6210 Sursee
Arnold B. Stampfli, lic. oec. publ.
Dorf 73, 8739 Rieden
Pfr. Dr. *Matthias Zeindler*
Amthausgasse 16, 3235 Erlach

Schweizerische Kirchenzeitung
Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten

Redaktion
Postfach 4141, 6002 Luzern
Telefon 041 - 429 53 27
Telefax 041 - 429 52 62
E-Mail: skz@raeberdruck.ch
Internet: http://www.kath.ch/skz

Redaktionsleiter
Dr. *Rolf Weibel*

Redaktionskommission
Prof. Dr. *Adrian Loretan* (Luzern)
Dr. *Urban Fink* (Solothurn)
Pfr. *Heinz Angehrn* (Abtwil)

Verlag, Inserate
Maihof Verlag AG
Maihofstrasse 76, 6006 Luzern
Telefon 041 - 429 54 43
Telefax 041 - 429 53 67
E-Mail: info@maihofverlag.ch

Abonnemente
Telefon 041 - 429 53 86

Abonnementspreise
Jährlich Schweiz: Fr. 128.–
Ausland zuzüglich Versandkosten
Studentenabo Schweiz: Fr. 85.–
Ausland zuzüglich Versandkosten
Einzelnummer: Fr. 3.–
zuzüglich Versandkosten

Gesamtherstellung
Multicolor Print AG / Raeber Druck

Redaktionsschluss und Schluss der Inseratenannahme: Freitag der Vorwoche.

Islam in Europa

Franco Cardini, Europa und der Islam. Geschichte eines Missverständnisses, (Aus dem italienischen Original «Europa e Islam. Storia di un Malinteso», Rom 1999), Verlag C.H. Beck, München 2000, 308 S.
Der Islam klopft erneut an die Pforten Europas, und seine Vertreter können nicht übersehen werden. Das Berührungsphänomen hat eine jahrhundertealte Tradition. Seit dem 7./8. Jahrhundert sind Moslems in Europa und kontrollieren das Mittelländische Meer. Zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert war das Osmanische Reich die den Islam beherrschende Macht. Heute wie ehedem besteht die Gefahr, dass der Westen den Islam zu wenig kennt und versteht. Das europäische Christentum überschätzt den Einfluss seiner Stellung in Europa. Anderseits ist das Erscheinungsbild des Islam für den Europäer exotisch. Immer noch werden Vorstellungen aus dem Mittelalter tradiert. Dazu kommt die fatale Verallgemeinerung, die im gesamten Islam einen starren Block sieht, der keine Nuancen aufweist.
Franco Cardini ist Professor für mittelalterliche Geschichte in Florenz. Schwerpunkte seiner Forschung sind Jerusalem und die Kreuzzüge, Päpste und Kaiser im Hochmittelalter.

Leo Ettlin

Bibelpastorale Arbeitsstelle
Schweizerisches Katholisches Bibelwerk

Die Bibelpastorale Arbeitsstelle (BPA) des SKB in Zürich entwickelt und realisiert Projekte im Bereich der Bibelpastoral und bietet Dienstleistungen für biblisch Interessierte an. Sie setzt sich dafür ein, dass die befreiende Botschaft der Bibel die Menschen unserer Zeit erreicht.
Da der bisherige Stellenleiter nach neun Jahren eine neue Aufgabe übernommen hat, suchen wir per 1. August 2002 oder nach Vereinbarung eine/n

Leiter/-in

Zu Ihren wichtigsten Aufgaben gehören
- Entwicklung und Umsetzung biblischer Bildungsangebote
- Gesamtverantwortung für den Betrieb der Arbeitsstelle und Geschäftsführung des SKB
- Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen

Sie bringen mit
- abgeschlossenes Hochschulstudium mit biblischem Schwerpunkt (vorzugsweise AT)
- praktische Erfahrung in Erwachsenenbildung / Projektarbeit und/oder Pfarreiarbeit
- publizistische Fähigkeiten
- Bereitschaft zu unternehmerischem Denken und Handeln

Wir bieten Ihnen
- eine anspruchsvolle Tätigkeit mit Gestaltungsraum und Entwicklungsmöglichkeiten
- gute Zusammenarbeit in einem kleinen Team
- Anstellungsbedingungen gemäss Bestimmungen der römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich

Auskünfte: Bibelpastorale Arbeitsstelle, Bederstrasse 76, CH-8002 Zürich, Telefon 01-205 99 60, E-Mail: info@bibelwerk.ch.

Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bis 30. November 2001 an den Präsidenten des Schweiz. Katholischen Bibelwerks, Dr. Odo Camponovo, Schönaustrasse 21, 5400 Baden.

Kantonsspital Luzern

Spitalseelsorge

Unsere Kollegin wird pensioniert, deshalb suchen wir auf den 1. August 2002 oder nach Vereinbarung

eine Spitalseelsorgerin

Pensum 70%

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, wenn Sie folgende Voraussetzungen mitbringen:
- abgeschlossenes Theologiestudium und einige Jahre Berufspraxis in der Pfarreiarbeit oder in einem anderen pastoralen Bereich
- oder Abschluss KIL/TKL und einige Jahre Berufspraxis in einem Spital
- wenn möglich bis zum Stellenantritt absolvierter Sechswochenkurs in Klinischer Seelsorgeausbildung (KSA/CPT)
- Institutio oder Missio Canonica der Diözese Basel

Für die seelsorgliche Aufgabe im öffentlichen Umfeld eines Spitals wünschen wir uns eine Persönlichkeit mit einer religiös offenen und kommunikativen Grundhaltung.

Sie sollten überdies psychisch und physisch (Nachtpikettdienste) belastbar sein, gerne in einem ökumenischen Team mitarbeiten und die Bereitschaft zur Einzel- und Teamsupervision mitbringen. Weil bei dieser Stelle der eine Bereich in der Psychiatrischen Klinik liegt, braucht es ein besonderes Engagement und Feingefühl im Umgang mit psychisch kranken Menschen.

Auskunft (bis 5. Oktober 2001) erteilt Ihnen gerne: Brigitte Amrein, Stellenleiterin Seelsorge, Kantonsspital Luzern, 6000 Luzern 16, Telefon 041-205 11 11 (jeweils Mittwoch und am Montag, 24. September abwesend).

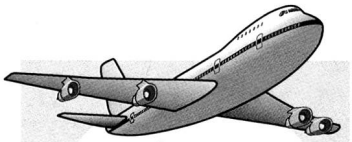
Ihre Bewerbung richten Sie bis zum **5. Oktober 2001** an das Personalamt der Diözese Basel, Baselstrasse 58, 4500 Solothurn.

AZA 6002 LUZERN

0113517
Zentralbibliothek Zürich
Zeitschriftenabteilung
Zähringerplatz 6
8001 Zürich

1220 XXXX

37/13. 9. 2001



Gruppen-Erlebnis-Reisen ins biblische KLEINASIEN
INFO-REISE 3.–10. Nov. 2001
für pot. Gruppenleiter nur Fr. 450.–
Auf Spuren der ersten Christenheit
Orte wie EPHESUS + GALATIEN
Phantastische Landschaften
Individuelle Programme
Infos bei

OKTOGON TOURISM
Heinz JAKOB
Eichfeldstrasse 3
3612 Steffisburg
Tel./Fax 033 437 98 47, e-mail: h.jakob@freesurf.ch

Freude am Licht – seit bald 300 Jahren

Altarkerzen
Oster- und Heimosterkerzen
Taufkerzen/Firmkerzen ...
200 verschiedene Verzierungen
Kerzen mit Ihrem Symbol
Opferlichte/Opferkerzen
Ewiglichtkerzen
Selber Kerzen ziehen & verzieren

Verlangen Sie unverbindlich unsere Werbeunterlagen!

gegründet 1703
ch-9450 altstätten sg
tel 071/755 66 33 · fax 071/755 66 35

hongler wachswaren

Aushilfspriester

em. Pfarrer (ZH). Termin 24.–30. Dezember 2001 wurde kurzfristig frei. Im Jahr 2002 noch freie Termine. Anfragen an SKZ, Chiffre 3361, Postfach 4141, 6002 Luzern.

Die Römisch-katholische Kirchgemeinde Bernhardzell (Bistum St. Gallen) sucht auf den 1. November 2001 oder nach Vereinbarung einen

Priester

für die Leitung der Pfarrei und die priesterlichen Dienste.

Wer wir sind und was wir bieten:
Bernhardzell ist eine kleine, beschauliche und ruhige Gemeinde in der Nähe der Stadt St. Gallen. In unserer kath. Kirchgemeinde leben ca. 650 Katholiken. Sie treffen auf einen aktiven Pfarreirat und ein eingespieltes Team im Kirchenverwaltungsrat, die Sie gerne in Ihrer Arbeit unterstützen.
Weiter werden Sie unterstützt durch ein aktives Sekretariat und die Katechese sowie durch eine neu organisierte kirchliche Jugendarbeit.

Was wir möchten:
Einen rüstigen, älteren Priester, der diese Herausforderung mit Freude in einem ruhigen Umfeld übernehmen möchte und auf eine gute Unterstützung zählen will.
Für Fragen und weitere Auskünfte stehen Ihnen unser bisheriger Pfarrer Bernhard Gemperli, Telefon 071-433 13 29, oder H.-P. In-Albon, Präsident des Kirchenverwaltungsrates, Telefon 071-433 17 06, gerne zur Verfügung.

Ihre schriftliche Bewerbung wollen Sie bitte direkt an das Diözesane Personalamt, Klosterhof 6b, Postfach 263, 9001 St. Gallen, senden.

Seit fünf Jahren gibt es im Dekanat Gossau (SG) die Animationsstelle für kirchliche Jugendarbeit (akj). Sie unterstützt das Engagement der Jugendseelsorger/-innen in den Pfarreien der Region. 17 Kirchgemeinden bilden die Trägerschaft der Stelle, welche durch einen Vorstand geführt wird.

Wegen eines Stellenwechsels suchen wir auf 1. Januar 2002 oder nach Vereinbarung einen oder eine

Co-Stellenleiter/-in

im Jobsharing mit einer Anstellung zu 50 Prozent

Ihre Aufgabenbereiche:
- Animation, Praxisberatung, Projektbegleitung und Weiterbildung der pfarreilichen Jugendseelsorger/-innen oder Jugendbeauftragten und Jugendlichen mit Leitungsfunktionen
- Koordination von regionalen Jugendanlässen
- Kommunikation und Vernetzung mit den Leitungsgremien der Pfarreien und dem Umfeld
- Leitung und Organisation der Stelle

Wir erwarten:
- Ausbildung im sozialen, theologischen oder pädagogischen Bereich
- Erfahrung in kirchlicher Jugendarbeit und Erwachsenenbildung
- Bereitschaft und Fähigkeit zur gemeinsamen Leitung im Jobsharing
- Fähigkeit zur Kommunikation und Zusammenarbeit mit verschiedenen Personen und Gremien
- Kompetenz in fachlicher Beratung
- Bereitschaft zu unregelmässiger Arbeitszeit

Wir bieten:
- Jobsharing-Modell in der Stellenleitung
- zeitgemässe Anstellungsverhältnisse
- regelmässige interne und externe Begleitung
- Büro und Infrastruktur an zentraler Lage in Gossau

Weitere **Auskünfte** erteilen Ihnen gerne Monika Filliger und Christoph Balmer-Waser von der akj Gossau, Telefon 071-388 18 41, E-Mail akj_gossau@bluewin.ch.

Ihre **Bewerbung** senden Sie bitte mit den üblichen Unterlagen bis am 10. Oktober 2001 an Josef Wirth, Präsident akj-Vorstand, Enzenbühlstrasse 20, 9230 Flawil, Telefon 071-393 14 14, E-Mail josef.wirth@bluewin.ch.

Schweizer Opferlichte EREMITA
direkt vom Hersteller

- in umweltfreundlichen Bechern – kein PVC
- in den Farben: rot, honig, weiss
- mehrmals verwendbar, preisgünstig
- rauchfrei, gute Brenneigenschaften
- prompte Lieferung

Senden Sie mir Gratismuster mit Preisen
Name
Adresse
PLZ/Ort
Einsenden an: Lienert-Kerzen AG, Kerzenfabrik, 8840 Einsiedeln
Tel. 055/412 23 81, Fax 055/412 88 14

LIENERT KERZEN